

18.04.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7860

2. Lesung

Gesetz zur Änderung des Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetzes

Berichtersteller

Abgeordneter Josef Neumann

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 18/7860 - wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 17.04.2024/Ausgegeben: 18.04.2024

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/7860, wurde durch das Plenum am 28. Februar 2024 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2018/958 über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen in Nordrhein-Westfalen (Verhältnismäßigkeitsprüfungsgesetz – VHMPG NRW) vom 30. Juni 2020 wurde die oben erwähnte Richtlinie umgesetzt.

Der vorliegende Gesetzentwurf dient der ergänzenden Umsetzung der Richtlinie.

B Beratung

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat den Gesetzentwurf in seinen Sitzungen am 13. März 2024 und am 17. April 2024 aufgerufen.

Der mitberatende Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie votierte in seiner Sitzung am 17. April 2024 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD für eine unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der 50. Sitzung abschließend aufgerufen. Ein Beratungsbedarf wurde seitens des Ausschusses nicht gesehen, so dass unmittelbar über den Gesetzentwurf der Landesregierung abgestimmt wurde. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde dabei mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

C Ergebnis

Der federführende Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/7860, unverändert anzunehmen.

Josef Neumann
Vorsitz